

GROSSBRITANNIEN

Geheime Euro-Pläne

Auf konspirative Weise hat Tony Blair in seiner zweiten Amtszeit als Premierminister versucht, den Euro im Vereinigten Königreich einzuführen. Im Jahr 2002, so berichtet Blairs früherer Europaminister Peter Hain in seinen jetzt erschienenen Memoiren, habe Blair ihn und einige Getreue beauftragt, heimlich ein Referendum über die Einführung der Gemeinschaftswährung bis 2005 vorzubereiten. Oberste Maßgabe: Schatzkanzler Gordon Brown durfte nichts davon erfahren. Hains Truppe sammelte bei europhilen Geschäftsleuten mehr als 200 000 Pfund ein, um das Verhältnis der Briten zum Euro zu ergründen. Ergebnis: Eine Volksabstimmung wäre nicht aussichtslos gewesen, aber sehr heikel. Eine Weile überlegte die Gruppe, ob sie eine nur scheinbar regierungsferne Kampagne für den Euro organisieren sollte. Später entschied

sie sich dagegen, aus Furcht, die Kontrolle über die Bewegung zu verlieren. Am Ende wurde nichts aus dem Referendum – Blair wagte es nicht, seinen partei-internen Widersacher Brown mit dem Thema zu konfrontieren.



ALISAIR MACDONALD / REX FEATURES

Anti-Euro-Protest 2005

FINNLAND

Richtungswahl im Norden

Vor der entscheidenden Wahl zur Präsidentschaft am kommenden Sonntag steht zumindest ein Gewinner schon fest: Pekka Haavisto, 53, ehemaliger EU-Sonderbeauftragter für den Sudan und Kandidat der Grünen, schaffte es mit 18,8 Prozent überraschend in die Stichwahl. Haavisto tritt jetzt gegen den konservativen Ex-Finanzminister Sauli Niinistö, 63, an. Die zwei Konkurrenten könnten kaum gegensätzlicher sein: Niinistö, ein wertkonservativer Jurist und Banker, genießt auch

bei den EU-kritischen Landwirten hohes Ansehen. Haavisto hingegen, ein bekennender Schwuler und Ex-Polit-Aktivist ohne abgeschlossene Berufs-

ausbildung, gilt als finnischer Joschka Fischer: Er schaffte es bis zum Umweltminister, später wurde er Uno-Mitarbeiter. Nach dem Triumph der rechts-

populistischen „Wahren Finnen“ von 2011 steht er für ein welt-offenes Finnland. Obwohl Niinistö in den Umfragen noch mit rund 65 Prozent führt, rechnen Wahlforscher bei dieser Richtungswahl mit einem knappen Rennen. Der „grüne Fliegengewichtler“ gilt als rhetorisch geschickter, was bei den anstehenden Fernsehduellen helfen dürfte.



JUSSI INKARI / PICTURE ALLIANCE

Haavisto, Niinistö



Marinetaucher in der „Costa Concordia“

KATASTROPHEN

Kamikaze-Manöver vor der Küste

Kreuzfahrtschiffe der italienischen Katastrophen-Reederei Costa fuhren offenbar häufiger gefährliche Manöver auf engstem Raum als bislang bekannt. Mit rund 4200 Menschen an Bord hatte die „Costa Concordia“ am Freitagabend vor zwei Wochen einen Felsen vor der Insel Giglio gerammt. Sie kenterte, 16 Tote wurden bislang geborgen, darunter vier Deutsche. Etwa 20 Menschen galten am vergangenen Freitag noch als vermisst. „Concordia“-Kapitän Francesco Schettino wollte eine sogenannte Verneigung vor Giglio fahren – also ganz nah an der Küste entlang, um einen Bekannten auf der Insel zu grüßen und seinen Passagieren etwas zu bieten. Er behauptet nun, die Reederei

habe das Kamikaze-Manöver von ihm verlangt. Reedereichef Pier Luigi Foschi bestreitet das. Dabei scheinen diese Verneigungen bei Costa üblich zu sein. Jede Woche seien Costa-Schiffe mit hoher Geschwindigkeit und in einem Abstand von nur 100 bis 150 Metern an der Vulkaninsel Stromboli vorbeigefahren, sagt der deutsche Grafiker Rolf Büttner, der von 2007 bis 2009 oft monatelang dort wohnte. „Es sah jedes Mal so aus, als ob die Schiffe durch meinen Vorgarten fuhren“, sagt Büttner, der die Manöver fotografierte. Er habe sich immer gefragt, „ob der Kapitän nicht ganz dicht ist“. Sehr viele Schiffe fahren an Stromboli vorbei, auf dem Weg von Neapel nach Sizilien. Doch die Offi-



ziere anderer Reedereien hätten die zerklüftete Felseninsel immer wesentlich weiter draußen passiert, niemand habe sich mit den Riesenschiffen so nah ans Ufer getraut wie die Costa-Nautiker. Ein Sprecher der Reederei teilte auf SPIEGEL-Anfrage dazu mit, nach den Regeln der Firma müsse jedes Schiff „sichere Distanz zur Küste“ halten. Verantwortlich dafür sei immer der Kapitän. Wie es zum Unfall der „Concordia“ kam, soll jetzt ein Gericht in Grosseto klären. Die zuständige Richterin hat die erste öffentliche Anhörung auf Freitag terminiert. Weil die Justiz großen Andrang erwartet, soll die Verhandlung in einem Theater stattfinden.

LIBYEN

„Knochenbrüche und Elektroschocks“

Christopher Stokes, 45, Geschäftsführer der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“, über Folter unter den neuen Machthabern

SPIEGEL: Ihre Organisation hat die Arbeit in Misurata eingestellt, warum?

Stokes: Weil wir missbraucht wurden. Unsere Aufgabe war die medizinische Betreuung von Gefangenen. Stattdessen wurden uns immer wieder Gefolterte gebracht, die wir nur behandeln sollten, damit sie danach weitergefoltert werden können. Es handelt sich um 115 Libyer und Schwarzafrikaner, denen vorgeworfen wird, auf Seiten Gaddafis gekämpft zu haben.

SPIEGEL: Wie wurden die Gefangenen gefoltert?

Stokes: Wir haben Knochenbrüche als Folge von Schlägen sowie Spuren von Elektroschocks festgestellt.

SPIEGEL: Was sagen die Verantwortlichen der Stadt Misurata dazu?

Stokes: Wir haben den Militär- und Stadtrat offiziell informiert, nachdem Anfang Januar 13 von 14 Gefolterten nach unserer

Behandlung trotz dringender Aufforderung nicht ins Krankenhaus kamen, sondern zurück ins Verhörzentrum. Mehrere Verantwortliche haben gar nicht geantwortet, einer sagte: „So etwas ist in Abu Ghuraib geschehen, das kann auch hier passieren.“ Anstatt die Misshandlungen einzustellen, wurden uns neue Folteropfer gebracht. Da haben wir gesagt, Schluss, es reicht.

SPIEGEL: Ist Libyen auf dem Weg zurück in die Vergangenheit?

Stokes: Nein, so ist es auch nicht. Wir sind genau im Bilde über die Misshandlungen, eben weil wir ungehinderten Zugang zu den Gefangenen bekommen. Die Regierung und die Gefängnisleiter unterstützen unsere Arbeit – aber die Verantwortlichen für die Verhöre tun es nicht.



Mitglieder der Misurata-Miliz

ZITAT

„Frankreich hat sich Deutschland unterworfen.“

François Hollande, 57, Präsidentschaftskandidat der französischen Sozialisten, in einer TV-Debatte am vergangenen Donnerstag. Im Fall seiner Wahl will Hollande die Einigung vom Dezember-EU-Gipfel in Brüssel „neu verhandeln“, „Euro-Bonds hinzufügen“ und den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von 1963 durch ein neues Abkommen ersetzen.

GRIECHENLAND

Angst vor Öl-Engpass

Von einem iranischen Exportstopp für Rohöl wäre ausgerechnet das krisengeschüttelte Griechenland besonders betroffen. Mehr als die Hälfte des eingeführten Öls haben die Griechen im ersten Halbjahr 2011 aus Iran bezogen: täglich rund 158 000 Barrel im Wert von etwa 18 Millionen Dollar. Seit Wochen sondiert die Regierung Alternativen zum iranischen Öl, sie hat unter anderem Kontakt mit Saudi-Arabien aufgenommen. Das Königreich hatte zugesichert, notfalls seine Produktion in kurzer Zeit um 2,5 Millionen Barrel täglich auszuweiten. Saudi-Arabien

hat mehr Spielraum, seit es nicht mehr die Versorgungslücke stopfen muss, die das Förderland Libyen kriegsbedingt gerissen hatte. Mittlerweile sind die Libyer wieder gut im Geschäft, die Ölproduktion erreicht annähernd Vorkriegsniveau. Doch Saudi-Arabien zögert, Griechenland zu helfen. Iran hatte den Griechen außerordentlich günstige Kreditbedingungen gewährt, dazu ist Riad nicht bereit. Beobachter vermuten, dass die Verbraucherländer ihre strategischen Reserven einsetzen. „Das wäre der klassische Fall“, so Energieexperte Steffen Bukold. Jedes der 28 Verbraucherländer, die der Internationalen Energieagentur angehören, hortet Ölvorräte für mindestens 90 Tage und ist zur gegenseitigen Hilfe verpflichtet.